

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher).
Bezugspreis monatlich 45 Hfg., vierteljährlich 1 Mt. 25 Hfg. frei ins Haus, durch die Post bezogen zum selben Preise (ohne Bestellgeld).
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und deren Briefträger, unsere Zeitungsstellen, sowie die Geschäftsstelle entgegen.

Fernsprech-Anschluss Nr. 24.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für die kleine Seite 15 Hfg., für außerhalb des Kreises Wohnende 20 Hfg. Anzeigen im amtlichen Teile 25 Hfg., im Reklameteile 30 Hfg. Beilagengebühren pro 1000 Stück Mt. 7,50. Anzeigen-Annahme bis Dienstag und Freitag vormittags 10 Uhr. Größere Anzeigen-Aufträge werden tags vorher erledigt.

Verleg.-Adresse: Zeitung Annaburg Bez. Sack.

Nr. 16.

Sonnabend, den 1. März 1919.

23. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Bericht Gemeindevorwahlen.

Hierdurch bringen wir zur Kenntnis, daß die Gemeinde Annaburg in 2 Stimmbezirke eingeteilt ist.

Der 1. Stimmbezirk umfaßt:

Markt, Hindenburgstr., Torgauerstr., Gärtnerstr., Bohnhofstr., Gasanhall, Friebohofstr., Lohaustr., Feldstr., Ulmenstr., Adlerstr., Hofbreite, Beigestr., Mühlenerstr., Schweinestr. und Mittelstr.
Wahlvorsteher: Herr Amtsvorsteher Schaefer.
Stellvertreter: Herr Geschäftsführer Eich.
Wahllokal: Geschäftshaus.

Der 2. Stimmbezirk umfaßt:

Baberei, Windmühlen, Gertrudshof, Fshernid, Hinterstr., Holzborferstr., Töpferstr., Planweg, Am Neugraben, Niederstr. und Hofstr.
Wahlvorsteher: Herr Schöffel Grune.
Stellvertreter: Herr Seingummler C. Sauerbrei.
Wahllokal: Gasthof Goldener Ring.

Vorliegendes wird mit dem Hingutigen veröffentlicht, daß die Wahlen am Sonntag den 2. März 1919 in der Zeit von vormittags 9 Uhr bis abends 8 Uhr stattfinden.
Annaburg, den 13. Februar 1919.

Der Vorliegende

des Wahlausschusses für die Wahlen zur Gemeindevertretung im Gemeindebezirk Annaburg.
Senze, Gemeindevorsteher.

Bekanntmachung.

Wahlen zur Gemeindevertretung.

Zur Ermittlung des Ergebnisses der Wahl am 2. d. Mts. wird der Wahlausschuß am Sonnabend den 8. März nachmittags 6 Uhr zu einer öffentlichen Sitzung im Sitzungssaale des Rathauses zusammenzutreten.
Jeder Wahlberechtigte hat Zutritt.
Annaburg, den 1. März 1919.

Der Vorliegende des Wahlausschusses für die Wahlen zur Gemeindevertretung der Gemeinde Annaburg.
Senze, Gemeindevorsteher.

Bekanntmachung.

Militärpersonen, die nach dem 6. Januar d. Js. aus dem Seeresdienst entlassen sind, können sich unter Vorlage der Militärpapiere zwecks Ausstellung einer Bescheinigung zur Teilnahme an dem am Sonntag stattfindenden Wahl am 2. März vorm. zwischen 10 und 12 Uhr im Geschäftszimmer des Garnison-Kommandos melden.
Annaburg, den 28. Februar 1919.

Der Soldatenrat.

Beseitigung der Raupen von den Obstbäumen

Mit Bezug auf § 1 der Amtsblatt-Verordnung vom 28. März 1832 (N. Bl. S. 121) erlaube ich die Polizeibehörden des Kreises, den Besitzern und Nutznießern von Obstbäumen in ihren resp. Bezirken aufzugeben, bis zum 1. März d. Js. die Bäume von Raupenestern und Raupen gründlich reinigen zu lassen und ihnen dabei zur Pflicht zu machen, das gesammelte Insektier und deren Brutstätten sorgfältig durch Verbrennen oder auf andere durchgreifende Weise zu vernichten.

Nach Ablauf des vorgedachten Termins wollen die Polizeibehörden kontrollieren lassen, ob die Reinigung der Bäume ordnungsmäßig ausgeführt worden ist, und gegen Säumige gemäß § 3 obiger Verordnung vorgehelt vorgehen, daß die Reinigung auf deren Kosten vorgenommen wird, eventuell das Strafverfahren nach § 368^a des Reichsstrafgesetzbuchs gegen sie einleiten.

Torgau, den 17. Februar 1919.

Der Landrat. Wiesand.

Viehählung.

Auf Befehl des Bundesrates findet am 1. März 1919 eine Viehhählung statt.

Die Hählung erstreckt sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen und Federvieh. Militärpferde werden nicht gezählt.

Die Hählung dient, worauf besonders hingewiesen sei, keinerlei steuerlichen Zwecken, sondern erfolgt nur im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse. Es wird ersucht, den mit der Hählung ehrenamtlich beauftragten Personen die erforderlichen Angaben zu machen und sie in jeder Weise bereitwillig zu unterstützen.

Annaburg, den 24. Februar 1919.

Der Gemeinde-Vorstand. Senze.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die im Kreisblatt Nr. 45, Beilage, 1919, erfolgte Bekanntmachung des Herrn Landrats wird bekannt gegeben, daß die Eichtage in Annaburg am 4. März 1919 Vorm. 10,30 Uhr im Eichlokal „Bürgergarten“ beginnen werden. Sämtliche nachrichtspflichtigen Gegenstände, soweit sie transportabel sind, sind dem Herrn Eichungsbeamten in sauber gereinigtem Zustande im Eichlokal, nach diesfälliger jebesmaliger besonderer Auforderung, zu übergeben. Dabei hat jeder Einlieferer seinen Gegenständen einen Zettel beizulegen, der außer dem vollständigen Namen des Besitzers, noch genaue Angaben über Stückzahl, Art und Größe der Gegenstände enthalten muß. Gegenstände, die schwer oder garnicht transportabel sind, wie Viehwagen, angelegte Petroleumwerkzeuge usw. können am Auffstellungsorte nachgedeut werden. Anträge hierzu sind während der Einlieferungszeit dem Eichungsbeamten besonders zu unterbreiten.

Annaburg, den 25. Februar 1919.

Der Gemeinde-Vorstand. Senze.

Verhütung von Arbeitslosigkeit.

Zur Verhütung von Arbeitslosigkeit und um das Wirtschaftsleben wieder in geregelte Bahnen zu lenken, ist es nötig, daß schnellst Arbeitsgelegenheit geschaffen wird. Wie überall, so werden auch in diesem Kreise während des Krieges Neuanlagen, Neuanstellungen, Herstellungen, Instandsetzungen, Ausbesserungen zurückgestellt sein. Der hohe Geist der Lage macht es zum bringendsten vaterländischen Gebot, fest das Unterlassen nachzuholen und ohne Rücksicht auf die Kosten zur Ausführung der zurückgestellten, in vielen Fällen wohl auch dringlichen Arbeiten zu schreiten und damit zur schonigen Behebung des Arbeitsmanktes auf allen Gebieten beizutragen.

Es kommt, wie ich ausdrücklich betone, auch auf den kleinsten Auftrag an; denn die Summe vieler solcher kleinen Aufträge ergibt eine beachtenswerte und ins Gewicht fallende Menge an Arbeit.

An die Kreisangehörigen und die Gemeinden des Kreises richte ich daher das dringende Ersuchen, nach Vorstehendem an der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Vaterlandes mitzuwirken.

Torgau, den 18. Februar 1919.

Der Landrat. Wiesand.

Kriegshilfskasse der Provinz Sachsen.

Auf die für die Provinz Sachsen errichtete Kriegshilfskasse wird hierdurch hingewiesen.

Der Zweck der Kriegshilfskasse ist die Gewährung von Darlehen an Kriegsteilnehmer und deren Angehörige des selbständigen Mittelstandes, deren wirtschaftliche Lage durch ihre Teilnahme am Kriege geschädigt worden ist, zur Erhaltung oder Wiederherstellung ihrer wirtschaftlichen Selbstständigkeit.

Voraussetzung für die Darlehensbewilligung ist, daß alle sonst geeigneten Hilfs- und Kreditmittel (genossenschaftlicher Kredit) erschöpft sind oder nach Lage der Verhältnisse nicht in Betracht gezogen werden können, und das der Antragende würdig und unterstützungsbedürftig ist. Gegebenenfalls soll eine Sicherstellung des Darlehens durch Verpfändung oder Eingehung einer Lebensversicherung stattfinden.

Die Darlehen sind in Raten bis spätestens 1. Januar 1926 zurückzahlen und mit 4 Prozent zu verzinsen.

Anträge auf Bewilligung derartiger Darlehen sind durch Vermittlung der Ortsbehörden beim Kreisaußschuß anzubringen.

Torgau, den 16. Februar 1919.

Der Kreisaußschuß. Wiesand.

Beseitigung von Tierkadavern.

Auf Grund der §§ 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und des § 142 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883, sowie mit Bezug auf § 18 der preussischen Ausführungsvorschriften zum Reichsgesetz, betreffend die Beseitigung von Tierkadavern vom 17. Juni 1911, wird mit Zustimmung des Kreisaußschusses für den Kreis Torgau nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1. Sämtliche Kadaver und Kadaverteile gefallener (treptierter) oder nicht zu Schlachtzwecken getöteter Pferde, Esel, Maultiere, Maulteile, Einhuferpferden, Tiere des Wildbergschlags, Schweine, Schafe und Ziegen — ausgenommen Saugferkel, Schafr- und Ziegenlämmer unter 6 Wochen — sind, soweit sie einem Abdeckerprivileg unterliegen, an die betreffende Abdeckeri, und soweit dies nicht der Fall ist, an diejenige Abdeckeri abzuliefern, mit welcher von der betreffenden Gemeinde (Gemeindebezirk) der bezügliche Vertrag abgeschlossen worden ist.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden nach § 5 des Reichsgesetzes vom 17. Juni 1911 bestraft.

§ 3. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Mit diesem Zeitpunkt wird die den gleichen Gegenstand betreffende Polizeiverordnung vom 3. September 1913 aufgehoben.

Torgau, den 9. Januar 1917.

Der Landrat. gez.: Wiesand.

Obige Polizeiverordnung bringe ich hierdurch erneut zur öffentlichen Kenntnis und erlaube die Ortspolizeibehörden sowie die Fleischbeschauer des Kreises, auf die Befolgung der Vorschriften durch die Tierbesitzer ein besonderes Augenmerk zu richten und Verstöße dagegen zu verfolgen. Insbesondere ist darauf zu achten, ob es sich bei angeleglichen „Nachschlachtungen“ etwa um „Schweinschlachtungen“ bereits verendeter Tiere handelt, um die Häute dieser Tiere dem Ablieferungszwange zu entziehen. Gegebenenfalls ist dafür Sorge zu tragen, daß die vollständige Ablieferung des Tierkörpers an die zuständige Abdeckeri erfolgt.

Torgau, den 12. Februar 1919.

Der Landrat. Wiesand.

Gewerbliche Zuckermarken für Monat März.

Die Apotheken und Bäckereien des Kreises werden hierdurch aufgefordert, die entfallenden Zuckerarten für Monat März bis spätestens 28. Februar von unserem Geschäftszimmer Nr. 4 abzugeben.

Torgau, den 28. Februar 1919.

Der Kreisaußschuß. Wiesand.

Weitergewährung der Brotzulagen an Schwer- und Schwerstarbeiter.

Die Brotzulagen für Schwer- und Schwerstarbeiter des Kreises werden ab 23. d. Mts. bis 31. März weiter gewährt.

Die Ausgabe der Brotzulagen erfolgt seitens der Gemeindebehörden nach besonderer Bekanntmachung von diesen.

Die Zu- und Abgangsnachweisungen sind uns wie üblich seitens der Arbeitgeber wöchentlich zu machen.

Torgau, den 22. Februar 1919.

Der Kreisaußschuß. Wiesand.



Beamte, Pensionäre und Staatsarbeiter! Wählt Liste Heintze!

Politische Rundschau.

Der Generalfreist. in Mitteldeutschland.
Der von der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei angeordnet wurde, um die Reichsregierung zur Anerkennung der von den Bergarbeitern gewählten Betriebsräte zu zwingen, gewinnt in der hiesigen Gegend stündlich an Ausdehnung. Im dortigen Bezirk befinden sich die Bergleute, die Belegstätten der großen chemischen Fabriken und Städtewerke, die Eisenbahnen und Metallarbeiter restlos im Generalfreist. Dagegen sollen alle Nahrungs- mittelbetriebe, Bäckereien, Bäckereien, Schlachthöfe usw. in Halle bis Sonnabend weiterarbeiten.
Aus Verlegungen von Unhängen der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei war unsicher zu erkennen, daß die Ziele des Generalfreists viel weiter gesteckt sind, als gemeinsam angegeben wird. Es wird nichts weniger als der Sturz der jetzigen Regierung Ober-Scheidemann angestrebt.

Kunden des Eisenbahnverkehrs von Nordhausen über Halle bis Torgau.

Leipzig, 26. Februar. In einer Sitzung der Arbeiterräte wurde heute nachmittag mit 40 000 gegen 5000 Stimmen der Generalfreist für morgen früh beschlossen. Dieser erstreckt sich jedoch nicht auf die Lebensmittelbetriebe, die Zigaretten-, Stankenhäuser und Wasserwerke. Auf die Arbeiter der bürgerlichen Zeitungen soll eingewirkt werden, die Arbeit niederzulegen. Seit heute ruht der Eisenbahnverkehr vollständig; im Vornar und Meuselwitzer Kohlenrevier haben heute die Belegstätten beschlossen, morgen in den Streik einzutreten. Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier ruht die Arbeit auf sämtlichen Gruben, ebenso in Anhalt. Der Eisenbahnverkehr erstreckt sich von Nordhausen über Halle bis nach Torgau. Halle ist völlig gesperrt; Bitterfeld und Delitzsch ebenfalls. In der chemischen Industrie liegen alle großen Betriebe still, die Ueberlandkraftwerke Golpa, Bitterfeld und Schornau haben den Betrieb eingestellt.

Wie der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat mitteilt, ist der Generalfreist für ganz Thüringen erklärt. Bisher haben sich 23 Städte angeschlossen. Wie aus Leipzig gemeldet wird, ist das dortige Bürgergremium in den Streik eingetreten. In Weisensfeld ist die gleiche Maßnahme geplant. Wie wir indirekt aus Halle erfahren, durchzogen heute große Menschenmengen die Straßen der Stadt. Zu größeren Unruhestörungen war es aber wie überhaupt im ganzen Streikgebiet bis in die Nachmittagsstunden, soweit bekannt, nicht gekommen.

Der 1. Mai soll in diesem Jahre in Sachsen als gesetzlicher Ruhetag begangen werden. Die sächsische Volkskammer wird in diesen Tagen einen dahingehenden Beschluß fassen.

Weimar, 26. Febr. Der gesamte Telegraf-, Telefon-, Post- und Zeitungsverkehr nach Halle, Eisenbahn, Merseburg und Zeitz ist infolge des Generalfreists eingestellt worden.

Halle, 25. Februar. Der Zustand der Eisenbahnarbeiter des Direktionsbezirks Halle ist zum größten Teil bereits in Wirksamkeit getreten. Der

Bahnhof Halle ist von Ausständigen besetzt. Seit 9 Uhr vormittags ist der Verkehr lahmgelegt. Der Straßenverkehr ruht vollständig, desgleichen auch der Betrieb auf der Fernbahn Halle-Merseburg-Mühlhausen. Der Streik der Bergarbeiter hat einen großen Umfang angenommen. Außer den hiesigen Kohlenwerken bei Halle sind die Kohlenwerke in Oberdröbblingen und Teuschnitz, sowie im Bitterfelder und Bergwitzer Revier bei Bitterberg vollständig stillgelegt, ebenso im Merseburger Bezirk, sowie auf den Kalischgräben des Infrutales.

Liebenwerda, 25. Februar. In einer Bergarbeiter-Versammlung am gestrigen Nachmittag in Bodowitz wurde der Eintritt in den Generalfreist beschlossen. Schon um 5 Uhr stand auf der „Müllgrube“, der „Emanuelgrube“ und der „Marie-Anne-Grube“ der Betrieb völlig still. Heute mittag 12 Uhr soll auch auf dem Ferrowerk in Müdenberg die Arbeit niedergelegt werden. Die Faltung der Arbeiter ist ruhig. Heute vormittag fand in Bodowitz eine von etwa 2000 Personen besetzte Massenversammlung statt, in welcher die Anerkennung der Betriebsräte durch die Regierung geordert wurde.

Auf „Grube Louise“ in Domsdorf hat gestern nur eine Schicht gestreikt. Um 2 Uhr nachmittags ist die nächste Schicht wieder eingetroffen.

In Eisenwerda und Wießla haben sich die Arbeiter der Fabrikbetriebe dem Streik angeschlossen und die Arbeit niedergelegt.

In Liebenwerda beschloß die Arbeiterschaft mit 105 gegen 61 Stimmen dem Streik nicht beizutreten. Nur die Typen der Neubroder Dienwerke sind ausständig. Auf der Plessner und Böllinger Grube sind die Arbeiter in den Streik eingetreten. Auf den Meuselwitzer Kohlenwerken, die zum Niederlausitzer Revier gehören, wird nicht gestreikt. Im Eisenwerk Rauchaammer wird gearbeitet.

In Müßelberg ruht die Arbeit in allen Betrieben, soweit die Arbeiterschaft sich zur Unabhängigen sozialdemokratischen Partei bekennet. Wie verlautet, wollen die Unhängen in Müßelberg sofort an die „Sozialisierung“ dreier größerer Landwirtschaften gehen.

Der für den Eisenbahnverkehrsbezirk Halle beschlossene Eisenbahnstreik wird in Falkenberg nicht verpürt. Hier geht alles seinen gewöhnlichen Gang. Wie es heißt, ist Halle blockiert.

Zeitz, 25. Februar. In Zeitz ruht die Arbeit vollständig infolge des Generalfreists. Da das Elektrizitätswerk die Stromlieferung eingestellt hat, wird der Eisenbahnverkehr, der hier auf elektrisch betriebene Weichen angewiesen ist, nur mit großen Schwierigkeiten vorläufig noch aufrechterhalten. Die Wasserversorgung der Stadt ist eingestellt. Die Zeitungen sind infolge des Streiks gleichfalls am Erscheinen verhindert.

Plänen in den Händen der Spartakisten.

Plauen i. V., 25. Febr. Nach einer Arbeiter-Versammlung besetzten gestern nachmittag bewaffnete Matrosen und Zivilisten nach Entwaffnung der militärischen Sicherheitswachen das Rathaus, die Banken, die Post und andere öffentliche Gebäude. Auch die Kasernen wurde nach Verhandlungen an die Demonstranten übergeben. Die bürgerlichen Zeitungen sind vorläufig am Erscheinen verhindert.

In einem Abwehrstreik

ist, wie uns gemeldet wird, in Halle und Vororten, in Eisenbahn, Naumburg, Merseburg und Zeitz die gesamte Bürgerstadt einsehend, der Postdienst getreten. Der gesamte Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr nach diesen Orten ist eingestellt worden.

Landwirte und Hausbesitzer! Wählt Liste Heintze!

Sendungen nach den erwähnten Orten werden von den Postämtern bis auf weiteres nicht mehr angenommen.

Die neuen Waffenstillstandsbedingungen der Alliierten.

Amsterdam, 20. Februar. Nach „Nieuws van den Dag“ berichten die „Times“, daß die Alliierten sich über folgende militärisch an Deutschland zu richtende neue Waffenstillstandsbedingungen geeinigt haben. Uebergabe von 8 Schlachtschiffen, von 8 Kreuzern, 42 Torpedojägern und 50 Torpedobooten. Alle U-Boote, U-Bootboots und Reparaturwerkstätten müssen innerhalb 15 Tagen abgebrochen werden. Die Hilfskreuzer müssen abgerüstet, ihre Kriegsausrüstung zerstört werden. Diese Schiffe werden als gewöhnliche Handelsschiffe und Prisen betrachtet werden. Die Besatzungen von Belgien müssen von deutschen Arbeitern unter Aufsicht der Alliierten geschleift werden.

Wilson's geänderte Ansicht über Deutschland.

Wilson erklärte einem amerikanischen Journalisten gegenüber, er sei, als er im Dezember nach Europa kam, der Ansicht gewesen, Deutschland sei ein Mitglied des Völkerbundes zu werden, in dem der Sturz des Kaiserthums und die Errichtung der Republik es hierzu qualifizierte. Infolge der Ereignisse in Deutschland habe sich inzwischen seine Ansicht geändert. Er sei jetzt der Ueberzeugung, daß das neue Deutschland in gewissen Hinsichten das alte Deutschland sei wie das alte, so daß es erst später zum Völkerbund zugelassen werden könne.

Briefwechsel zwischen Hindenburg und Scheidemann.

Berlin, 20. Febr. Der „Boemärts“ veröffentlicht den Brief des Generalfeldmarschalls von Hindenburg an den Reichsministerpräsidenten Scheidemann und zugleich das Antwortschreiben Scheidemanns. Hindenburg erklärt in seinem Brief, ihn und viele andere habe das Wort „Halbdeur“ sehr verlezt. Ludendorff sei ein glühender Patriot und habe nur das Beste für das deutsche Volk in seiner kraftvollen Art erreicht. Das gemessenlose oder leichtfertige Wesen eines Halbdeurs liege ihm ganz fern. — In seinem Antwortschreiben spricht Scheidemann sein Bedauern darüber aus, daß seine Uebersetzung über Ludendorff Hindenburg verlezt habe und fügt dann fort: In der Sache selbst kann ich aber von meinem Wort nicht abgehen. Halbdeur nenne ich einen Mann, der alles auf eine Karte setzt, ohne die Folgen zu bedenken, die eine Verlagerung dieser Karte nach sich zieht. Daß der General Ludendorff in dieser Weise gehandelt hat, davon habe ich mich als Parlamentarier und erst recht als Mitglied des Kabinetts des Prinzen Max überzeugen können.

Neue Schießereien in Berlin.

In der Nacht zum Dienstag sind in Berlin an mehreren Stellen, besonders aber in der Nähe der Reichsbank in der Wilhelmstraße und im Zeitungsviertel vor dem Verlagshaus „Ullstein

Maja.

Originalroman von Irene v. Hellmuth.

50] Nachdruck verboten.

Diese letzte Bemerkung schlug ja dem Faß den Boden aus.

„Geh, — beleidigen lassen wir uns nicht! Gehn Sie — sonst —“

Leon schämte vor Mut. Er wies nach der Türe. Zornbebend verließ der Baron das Gemach. Sylvia lehnte an einem Pfeiler und meinte: Der Baron trat zu ihr. Seine Hand zitterte, als er ihr weiches Haar streichelte.

„So etwas von Starbinn ist mir in meinem Leben noch nicht vorgekommen“, murmelte er. „Mit dem da drinnen ist nichts zu machen.arme Sylvia, du tust mir leid, wie viel mußst du dulden. Vorläufig heißt es, sich in Geduld fügen. Denn daß du den Fluch deines Vaters nicht auf dich laden willst, begreife ich ja vollkommen, obwohl sein ganzes Betragen ungerechtfertigt ist. Ich hoffe aber, er bekennt sich noch.“

Sylvia schüttelte traurig den Kopf. „Wenn Leon nicht wäre, dann vielleicht. Aber mein Bruder ist Hermanns erbitterter Feind, er heßt den Vater fortwährend gegen ihn auf.“

„Ja, das bemerke ich allerdings auch. Aber ich begreife nicht, was zwischen den beiden vorgefallen sein könnte?“

Sylvia antwortete nicht. Sie mochte den Bruder nicht anklagen.

Der Baron betrieb in aller Eile die Ueber-

hebung nach dem einzigen Wirtshause des Dorfes. Nicht eine Stunde länger mochte er die Gastfreundschaft dieses Mannes, den er einst Freund genannt, in Anspruch nehmen. Die Baronin zeigte sich sehr bestürzt über diesen Ausgang, der ihr völlig unerwartet kam.

„Die armen Kinder“, jammerte sie. „Was ist da zu machen?“

Der Baron suchte die Achseln.

„Wir müssen Geduld haben; vielleicht bekennt sich der alte Starbopf noch!“

12. Kapitel.

Ein richtiges Schneetreiben hatte begonnen. Maja sah am Fenster und schaute dem lustigen Flockengewimmel zu. Auf ihrem lieblichen Gesicht lag ein ungewöhnlicher Ernst. Sie hielt die Hände im Schoß gefaltet. Frig, der eben eintrat, wunderte sich, daß seine junge Herrin so still dabei und kaum seinen Gruß erwiderte. Sie hatte sonst immer eine Rederei oder ein freundliches Wort für den ehelichen Alten bereit.

„Gaben gnädiges Fräulein Aufträge für mich? Ich gehe, verschiedene Besorgungen zu machen“, sagte Frig.

„Nein, ich wüßte nicht, — doch halt, da fällt mir eben ein, meine Freundin teile mir mit, daß die kleine Lilly heftig erkrankt sei. Ich werde heute hinausfahren, das Kind zu besuchen. Du kannst mir irgendwo eine hübsche Puppe kaufen, aber eine, die blonde Locken hat, versteht du? So eine wünscht die Kleine sich schon lange, und ich möchte ihr eine Freude machen.“

„Aber Fräulein, bei dem Wetter wollen Sie fort?“ wandte der Alte besorgt ein.

„Ach was, fürchtest du dich vor dem bösen Schnee?“

„Ja? — O nein!“

„Na also, — heile dich, wenn du zurückkommst, dann fahren wir.“

Majas Vater trat eben ein und das Gespräch wurde abgebrochen. Der alte Herr schien ebenfalls nicht in bester Laune zu sein. Er ging aufgeregt, die Hände auf dem Hüften, im Zimmer hin und her. Maja betrachtete ihn aufmerksam.

„Ist etwas vorgefallen, Papa?“

„Ja, leider. Mein alter, erprobter Inspektor Döring, der seit 30 Jahren draußen auf den Bergen getreu seine Pflicht getan, ist plötzlich einem Schlaganfall erlegen. Ich muß selbst hinausfahren, um nach dem Rechten zu sehen. Denn wenn dort die leitende Hand fehlt, geht gleich alles drunter und drüber. Der Mann war zuverlässig wie keiner. Ich fürchte mich davor, eine neue Wahl treffen zu müssen. Ich habe zwar tüchtige Beamte, aber gerade dieser Posten ist schwer zu besetzen, denn es muß ein ehrlicher, tüchtiger Mensch sein, weil es ein Vertrauensposten ist. Und ich weiß noch nicht, wo ich wieder einen Mann hernehmen soll, wie mein alter Döring war.“

„Sorge dich nicht, Papa, guter Rat kommt oft über Nacht“, meinte Maja.

Sie schien eifrig über etwas nachzudenken, doch sprach sie sich nicht aus. Ihre Augen verfolgten einen kleinen Bauernjungen, der einen Brief in der

Kaufleute, Gewerbetreibende, Handwerker und Arbeiter! Wählt Liste Heintze!

Schieferen vorgenommen, die auf spartanische Umtriebe zurückzuführen waren. In das Verlags- haus Witten sind mehrere Gemeindefolgen gefallen. Telefonleitungen sind von den Spartakiden zer- schnitten worden. Die Schieferen kamen nicht unerwartet, sie sind Vorzeichen eines neuen Volks- planes der Spartakiden.

Die Landtagswahl in Oldenburg.

Oldenburg, 24. Februar. Das voraussichtliche Ergebnis der gestrigen Landtagswahl ist: Gewählt 15 Sozialdemokraten, 12 Demokraten, 8 Zentrum und 4 Volkspartei.

Die neuen Steuervorlagen, vor allem die Kreissteuer-, Besitzsteuer- und Zuchtschulergesetze, werden in ungefähr 14 Tagen dem Saatenaus- schuß zur Beratung zugehen.

Sturmjahren im Braunschweigischen Landtag

Im Landtagsgebäude zu Braunschweig kam es während der Wolligung des Landtages, in der über eine Eingabe der Arbeitlosen in wohlwollender Sinne debattiert wurde, zu schweren Aus- sprengungen. Etwa 2000 Arbeitlose marschierten vor das Landtagsgebäude zu einer Demonstration auf. Ein großer Teil der Demonstranten drang gewalttätig in das Haus ein, stürzte in den Sit- zungsaal, schlug Türen und Fenster ein und zer- trümmerte einen Teil der Stühle und Tische. Die fast vollständig versammelten Abgeordneten verließen hastig die Saal. In den fürchterlichen Tumulten, innerhalb und außerhalb des Landtagsgebäudes, die zwei Stunden andauerten, wurden unter Drohungen und Verwünschungen der Landtags- präsident und einige andere Abgeordnete unter Stühlen und Tischen begraben und mit Häuten, Tisch- und Stuhlbeinen mißhandelt. Der bürgerliche Abgeordnete Fabrikdirektor Müller wurde im Sitzungsaal blutig geschlagen und mußte, um vor Schlimmerem geschützt zu werden, von Abgeord- neten aus seiner gefährlichen Lage befreit und ärzt- licher Hilfe übergeben werden.

Ein großer Teil der Landtagsabgeordneten will infolge dieses Ereignisses und weil der Land- tag völlig schulpfug dasteht, von einer Tagung in der Stadt Braunschweig nichts wissen, wenn nicht schnellstens ganz zuverlässige Schritte unternommen und durchgeführt werden können, die eine Wieder- holung derartiger Dinge unmöglich machen.

Englische „Sisse“ für deutsche Säuglinge.

Berlin, 23. Februar. Zwei englische Hilfsor- ganisationen, das Hilfswerk für die Deutschen, Desterfelder und Ungarn in England und der Englische Ausschuss für dauernden Frieden haben der vor kurzem in Berlin unter dem Vorwort des Reichsministers Grafen Woodruff-Rankau gegrün- deten deutschen Wohlfahrtsstelle als Geschenk für die notleidenden deutschen Säuglinge 800 000 Milch- flaschenquants zur Verfügung gestellt, von denen ein großer Teil schon in Deutschland einge- troffen ist. Die Verteilung durch die zuständigen Organisationen in den Bundesstaaten wird mit größtmöglicher Beschleunigung durchgeführt werden.

Natürlich oder Ignominia! Was sollen nun die deutschen Kinder mit den Säugern anfangen? Wenn die englischen Freunde ihnen nicht auch die Milch zu den Säugern liefern, dann hat die ganze Hilfsaktion keinen Wert. 800 000 Flaschen konden- sierter Milch wäre jedenfalls angebracht gewesen.

Lokales und Provinzielles.

—* Annaburg. Die Neuwahl der Gemeinde- vertretung findet am kommenden Sonntag statt. Bei dieser Wahl handelt es sich nur um die engere Heimat, um unter Annaburg und seine Einwohner- schaft. Da ist es dringend nötig, daß kein Wähler, Mann oder Frau fehle, diese Wahl ist für jeden heilige Pflicht, der sich Niemand entziehen darf. Welches sind die Pflichten der Gemeindevertretung? Sie hat den Gemeindevorsteher und die Schöffen zu wählen und zu kontrollieren, sie hat das Rech- nungswesen der Gemeinde zu beaufsichtigen, über Einnahme und Ausgabe zu wachen, sie wählt den Schulvorstand, das Kuratorium der Sparskasse u. A., sie setzt die Gemeindefestungen fest. Niemand sage: Was gehen mich die Wahlen an? Sie gehen jeden von uns viel an! Es handelt sich um das Wohl und Wehe unseres Heimatortes Annaburg; es handelt sich um alle die kleinen und großen Dinge, die das persönliche Leben jedes Einzelnen betreffen. Wir brauchen Männer in der Vertretung, die ein warmes Herz, einen weiten klaren Blick und die notwendige Erfahrung haben. Wir wollen wohl alle, daß in Annaburg Ordnung, Sparsamkeit und besonnener Fortschritt herrsche. Bisher war es so; unser Ort war gut verwaltet, es wurde sparsam gewirtschaftet und in besonnener Weise Neues ein- geführt, damit dies auch unter dem neuen Wahl- recht so bleibe, wählt solche Männer, die im rechten Bürgerfinn für das Wohl Annaburgs arbeiten wollen und können.

Zur Gemeindevahl. Zum dritten Male schreiten wir am Sonntag zur Urne, um unsere Stimme in die Waagschale der künftigen Zusammenlegung des Gemeinderats zu werfen. Aber gerade zur Ge- meindevahl sollte man sich doppelt und dreifach prüfen, welcher Liste man seine Stimme gibt, denn gerade zu dieser Wahl konnte man doch die Haupt- kandidaten persönlich kennen lernen und sie prüfen, ob man ihnen das Vertrauen zur Gemeindevertret- ung schenken darf. Das Endergebnis dieser Ueber- legung darf aber keinesfalls das sein: „Von den aufgestellten Kandidaten paßt mir überhaupt keiner ganz und gar und da wähle ich lieber garnicht“. Ja, lieber Wähler, das ist nämlich die bekannte Ausrufe bei vielen und doch, wie verkehrt ist sie. Das Wahlrecht ist ja nicht nur ein Staatsbürger- recht, sondern auch eine Staatsbürgerpflicht und wenn die von einem, deiner Anschauung am näch- sten stehenden Kandidaten auch diese oder jene Nei- gung nicht gefällt, so müßt du ihn doch wählen und wenn es auch von zwei Uebeln nur das Lesser wäre. Auch müssen wir vor allem den Grund- satz: „Das Recht gehört den Klügleren“ fahren lassen, denn wer mit seiner Zeit nicht mitdreht, über den scheidet die Zeit hinweg und wer aus Trotz seinen Staatsbürgerpflichten nicht nachkommt, der muß sich nachher, wenn über seinen Kopf hin- weg regiert in der Gemeinde wird, nicht wundern, daß er nicht frei, sondern vogelfrei ist. Also heraus aus der Reserve und frisch den Wahlzettel in die Hand, damit auch deine Anschauung in der neuen Gemeindevorstellung zu Recht kommt. Nimm

Frauen, Witwen und alleinstehende Damen und Mädchen! Wählt Liste Heintze!

auch deine Gattin mit, denn jede Stimme zählt. Gerade in den Kreisen des Mittelstandes ist noch heute eine Lausheit gegenüber den Staatsbürger- pflichten vorhanden, die erschreckend ist und dabei hat es gerade in diesen Kreisen der verhältnismäßig größte Teil verstanden, im praktischen Leben etwas zu erreichen. Auch der Staat und die Gemeinde kann auf seine Mitarbeit nicht verzichten, sie brauchen sie zum Wiederaufbau ihres gesamten Wirtschafts- lebens und darum nochmals: Heraus aus dem noch immer lebenden Kasten- und Klassegeist des alten Staates, es weht ja ein frischerer Wind in deutschen Landen.

—* Annaburg. In der Freitag, den 21. Feb- ruar abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung des Vaterländischen Frauenvereins erstattete Herr Direktor Schaefer Bericht über die Tätigkeit des Ver- eins im Jahre 1918. Aus diesem Bericht entnehmen wir, daß der Verein 69, darunter 13 außerordent- liche Mitglieder zählt. Die Einnahmen im abge- laufenen Vereinsjahre betrugen Mk. 10559,54, denen Mk. 10197,68 Ausgaben gegenüber stehen. Den Hauptanteil der Ausgaben erforderte die Kinder- strippe mit Mk. 7105,68. Da die Strippe nur Mk. 1836,95 einbrachte, so hat der Verein für diese Zweck Mk. 5268,73 zugelegt. Durch das fast völlige Verliegen der freiwilligen Beiträge, durch welche der Unterhalt der Strippe nur möglich war, sowie durch die sich immer schwieriger gestaltende Beschaffung der Lebensmittel, sah sich der Verein veranlaßt, die Strippe Ende Januar zu schließen. Für den Unter- halt der Strippe wurden Mk. 1427,94 verausgabt. Das Vereinsvermögen belief sich Ende 1918 auf Mk. 5615,53, der Fond „Eierne Gedenkstiftung“ wies Mk. 4697,35 auf. Der Rechnungsabschluss, sowie Vermögensnachweis ist von den Revisoren geprüft und richtig befunden und wurde der Kassierin durch die Versammlung Einlassung erteilt. Die bisherige Vorsitzende, Frau Hofmeister Stubenreich, bittet, von ihrer Wiederwahl Abstand zu nehmen. Herr Direktor Schaefer dankt Frau Hofmeister Stuben- reich in warmen Worten für ihre sich während ihrer Amtszeit um den Verein erworbenen Ver- dienste. Die Neuwahlen zum Vorstand ergaben: Frau Direktor Schaefer Vorsitzende, Frau Superin- tendent Langguth Stellvertreterin, Frau Prekurlist Heintze Kassiererin, Frau Militärpfarrer Langguth Stellvertreterin, Frau Direktor Nieß Schrift- führerin. Ferner wurden gewählt: Frau Hofmeister Stubenreich, Fel. Paris und Frau Kaufmann Müller als Beisitzerinnen. Frau Militärpfarrer Langguth berichtete sodann über ihre Tätigkeit in der Säuglingspflege; durch die Beisitzerin wurden im Jahre 1918 in dieser Angelegenheit 67 Besuche gemacht. In einer Anzahl von Fällen wur- den bedürftigen Kindern und Müttern Lebensmittel zur Verfügung gestellt. Die in der „Weißen Bin- delwache“ durch den Vaterländischen Frauen-Verein gesammelte Wäsche wurde durch Damen des Ver- eins in Kindermäntel verarbeitet und gegen billiges Entgelt, wo es not tat, auch unentgeltlich an Wöch- nerinnen abgegeben.

Hand trug und eilig die Strafe herabließ. Er sprach aufmerksam umher, und schien einen Vor- übergehenden um etwas zu fragen. Der Mann zeigte auf das Haus und der Knabe verschwand rasch im Flur.

Maja ahnte, daß etwas vorgefallen war. Ihr Herz pochte plötzlich in raschen, ängstlichen Schlägen, ohne daß sie wußte, warum. Sie stand auf und ging hinaus. Da vernahm sie auch schon die Stimme des Knaben, der sich anscheinend mit einem der Diener herumtrieb, denn es klang beinahe wein- licher, als er sagte:

„Der Herr v. Brandt hat mir aber befohlen, es dem gnädigen Fräulein selbst zu geben!“

„Dummer Bengel, ich werde es schon besorgen!“

schnarrte der Bediente.

Im Nu stand das junge Mädchen neben ihm.

„Was gibt es?“ fragte sie hastig mit fliegen- dem Atem.

Der Knabe reichte ihr das Rouvret. Er kannte die junge Dame bereits von ihren vielen Besuchen in Neunlinde. Der Diener entfernte sich eilig.

Maja las mechanisch die Aufschrift:

„An Fräulein Heinnau — Wohlgeboren.“

Dem Schreiber mußte die Hand gezittert haben, denn die Buchstaben erschienen seltsam wackelig.

Maja riß den Umschlag ab und las:

„Sehr geehrtes Fräulein!

Verzeihen Sie, wenn ich Sie zu belästigen wage und schreiben Sie dies der schweren Sorge eines geängstigten Vaters zu. Meine kleine Wigi ist todkrank! Der Arzt erklärt, daß es ein sehr

bedenklicher Anfall von Diphtherie ist. Er gibt mir wenig Hoffnung, daß wir das zarte Leben erhalten werden; es müßte denn bald eine Wendung zum Besseren eintreten. Sie können sich denken, daß ich in Verzweiflung bin. Wigi ist das einzige, was mir von einem verhehlten Leben noch übrig blieb! Das Kind verlangt nämlich nach Ihnen! Ich glaube, daß schon Ihr Erscheinen allein genügt, uns alle zu beruhigen. Ich vermag der armen Kleinen nicht länger mehr zu widerstehen und vereinige meine Bitte mit der des Kindes: Kommen Sie bald! Wigi hat furchtbare Sehnsucht.

Ihr ergebener

Arnold von Brandt.“

Nur einen Augenblick stand Maja und starrte auf das Briefblatt. Heiße Tränen rannen darauf.

Dann kam eine fieberhafte Tätigkeit über sie. Laut und heftig tönte eine Klingel durch das Haus.

„Freis soll anspannen — sofort!“

„Freis ist doch ausgegangen!“ scholl es ihr entgegen.

„Ich habe keine Zeit zu warten!“ rief Maja ungeduldig. — „So steht doch nicht da und gaste — dann soll eben ein anderer anspannen!“

In diesem Augenblick kam ihr Vater die Treppe herab. „Was gibt es denn? Weshalb schreist du denn so?“

„Ich muß augenblicklich fort.“ antwortete Maja.

„Nanu. — wo denn?“

Der alte Herr hatte bereits den Zettel an sich

genommen und durchgesehen. Nun stellte er sich breitpurig vor seine Tochter hin.

„Du, daraus wird nichts. Das dulde ich nicht!“

„Was meinst du, Papa?“

„Ich meine, dieser Herr v. Brandt muß voll- ständig den Kopf verloren haben, sonst würde er nicht verlangen, daß du zu einem diphtheriekranken Kinde gehst. Das darf man mir nicht zumuten! Jeder ist sich selbst der Nächste! Du könntest ange- steckt werden! Die Krankheit ist sehr leicht über- tragbar, jeder Arzt kann dir das bestätigen!“

Maja hörte kaum auf ihn. „Papa, du hältst mich bloß auf. Es hilft dir ja doch nichts!“

„Das werden wir sehen! Beda!“ rief er in den Hof hinaus, wo eben die Pferde aus dem Stall geführt wurden, „nicht anspannen! Meine Tochter bleibt hier!“

Maja war ganz blaß geworden.

„Vater, dort geht es doch und sollte ich den Weg zu Fuß zurücklegen. Du kennst mich ja zur Genüge, denk ich!“

Der Vater verlegte sich auf gültliches Jurreden.

„Bedene doch, Maja, ich hab' keine ruhige Mi- nute, wenn du da draußen bist. Liegt dir denn an den fremden Peuten mehr als an mir? Und es schied sich auch nicht, daß du hingehst und viel- leicht stundenlang bleibst. Was sollen denn die Leute jagen?“

Maja lachte verächtlich. „Darum kümmerst du dich auch noch, Papa? Darnach frage ich nicht!“

Fortsetzung folgt.

o Hinderburgs Dank an die Stadt Kassel. Generalfeldmarschall v. Hinderburg richtete ein Dankschreiben an den Oberbürgermeister von Kassel, worin er sagt: Beim Scheiden sende ich der Bürgerfahne des schönen Kassel, deren Ehrenbürger ich sein, nicht immer mit Eitel und Freude erfüllen wird, herzlichsten Abschiedsgruß verbunden mit aufrichtigem Dank für gütliche Aufnahme, die mir alle in ihren Mauern erwidert, und für das warme Interesse, das uns von allen Teilen der Bevölkerung entgegengebracht wurde.

o Heinrich Bogeler verschwunden. Heinrich Bogeler, der Wormsweber Maler, der, wie kürzlich gemeldet wurde, in Wormswebe den Kommunismus durchlebte und bei der Bewegung in Bremen mitwirkte, ist gescheitert. Alle Versuche, ihn aufzufinden, sind gescheitert. Der Schriftsteller Hermann Kasper, der sich als Adjuvant Bogelers betätigte, wurde in der Nähe Bremens verhaftet.

o Brand in den Sackdörfer Mühlenwerken. Aus Hannover meldet man: In der Weizenmühle der C. Wagsfeldischen Mühlenwerke in Sackdörf entstand angeblich durch Heißlaufen eines Gebläses ein Feuer, das innerhalb einer Stunde auf das ganze Gebäude übergiff. Die Feuerwehre konnte das Brandes nicht Herr werden. Verheerliche Wüstheile und sonstige Einrichtungen wurden vernichtet, ebenso 600 Stck Weizenmehl und Mehl. Der angerichtete Schaden beträgt schätzungsweise eine Million Mark.

o Kaufleuten. Der Räte, Hies, Schafschütz und vielen anderen Abarten der Spezies "Kaufleute" haben sich in vielen oberbayerischen und manchen hiesigen Orten die Kaufleuten ausgesollt. Durch die wochenlange Benutzung der Schulgebäude zu Einquartierungszwecken hatten sich in den Mäusen große Räumelolonien eingenistet, die nimmere nach erfolgtem Truppenabzug gründlich vertreiben werden müssen.

o Das nächste Dänemark. Den norwegischen und schwedischen Gesandten, die den Alkoholikbörachs einlöschten, folgt jetzt ein Dänemark nach. Ein von der Regierung eingesetzter "Nichternheitskommission" schloß vor, daß die Schankerkrankheit nur auf fünf Jahre erteilt wird, und daß die Gemeindeführer das Recht erhalten, einer unter Gemeindevorstand sitzenden Gesellschaft das Schankrecht innerhalb der Gemeinde zu erteilen. Der Ausschuss alkoholhaltiger Getränke soll mit Ausnahme von Bier in Automaten verboten sein. Von 6 bis 8 Uhr morgens dürfen Spirituosen nicht verkauft werden. Weiter wird das Verbot des Ausschanks von Spirituosen auf allen Arbeitsplätzen, in allen Kneipen vorgeschlagen.

[Gingekund.]

Parteilosigkeit in den Gemeindeverwaltungen.

Es ist ein Zeichen für die unpolitische Denkart großer Teile des Bürgertums, wenn heute, wo sich auch die Stadtverordnetenwahlen nach politischen Gesichtspunkten vollziehen und vollziehen werden, immer wieder die Frage erhoben wird, ob das nötig sei, die bewegliche Klasse angestimmt wird, daß es früher auch anders gegangen sei. Nur der politisch Indifferenten vermag die Behauptung aufzufallen, daß Kommunalpolitik mit Parteilosigkeit nicht zu tun habe. In der Tat wurden schon viele alle wesentlichen kommunalpolitischen Fragen, sowohl die finanziellen wie die kulturellen, schicksalreichend nach Grundfragen der Weltanschauung und daher der Politik besprochen und entschieden. Nur kann das freilich nicht so klar und unabweisung zum Ausdruck, weil ein Gemeindeführer mit allenfalls "Sicherungen" auf breite Gruppen des Bürgertums einfließend wirkt, weil man inlagelassen vermerkte, seine Interessen auf dem Rathaus als Bürger gleichartig und nicht als Politiker vertreten zu brauchen. Wenn dabei die Verhältnisse unserer heutigen Städte nicht gelten haben, — so spricht das für den gefunden Geist des deutschen Bürgertums, aber keineswegs gegen die Notwendigkeit der Parteilosigkeit auf dem Rathaus. Bisher mochte es auch so gehen. Seit den Novembertagen ist Parteilosigkeit in der Gemeindeverwaltung Selbstverständlichkeit geworden.

Die Sozialdemokratie hatte als Oppositionspartei naturgemäß frühzeitig erkannt, daß auch die städtischen Körperchaften politisiert werden müßten, und sie hat aber, wo sich ihr Möglichkeiten eröffneten, die Politik ihrer Vertreter in die Stadtverordnetenversammlungen und, wo sie sich ihr erschloß, die Magistrat getragen. Aber auch andere politische Parteien haben sich der Notwendigkeit politischer Betätigung in der Gemeindeverwaltung schon früh zugewandt. Von verschiedenen Parteien hat das Zentrum seit Jahren bereits seine Anhänger in die Rathhäuser geschickt und dort wo es möglich war, eigene Zentrumsfraktionen in den städtischen Körperchaften gebildet. Ihnen gegenüber stellte sich die sogenannte liberale Fraktion mit damals durchweg nationalliberaler Färbung. In den nicht zahlreichen Fällen, wo es den Sozialdemokraten in den westdeutschen Großstädten gelang, daneben ihrerseits Fuß zu fassen, hatte man also bereits eine Klar nach drei Parteien orientierte Gemeindepolitik. Und den Städten ist es dabei nicht fehlend ergangen.

In Mitteldeutschland war sich ausgeproben Parteipolitik der Gemeinverwaltungen bisher nicht üblich. Aber harte Ansätze dazu waren vorhanden. Wir erinnern nur an die drei Fraktionen der gegenwärtig noch existierenden Stadtverordnetenversammlung in Magdeburg. Neben den Sozialdemokraten gab es da doch bereits die "Fraktion der bürgerlichen Rechten" und der "bürgerlichen Linken", die ihrerseits, wenn auch nicht so scharf umrissen, die Anhänger der bisherigen bürgerlichen Parteien in sich vereinigte. Es bedeutet nicht weiter als eine Konsequenz gegenüber den durch die Revolution geschaffenen Verhältnissen und zugleich einen Ausbau der bisherigen gemeindepolitischen Lage, wenn jetzt die politischen Parteien ungenügend und unübersichtlich auf die Verhältnisse im Stadtparlament Einfluß nehmen.

Mit der einflussreichen (was nicht zu bezeichnen) Aufhebung der bezirksweisen Wahlen tritt die Orientierung der Wahlvorlageliste nach Stadtteilen zurück. Zugleich aber war die bisher übliche Aufstellung der Kandidaten lediglich nach Berufs- oder Interessengruppen nicht mehr möglich, denn alle diese Stellen haben ja bei den letzten politischen Wahlen sich für irgend eine Partei entschieden müssen, und sie werden wenige Wochen später gar nicht in der Lage sein, die Stellung, die sie am 19. und 26. Januar einnahmen, vollständig zu verlassen. Es ist nun demüßlich war die Aufstellung der Wählenden nach politischen Parteien zum 2. März das einzig Denkbare. Aber sie wird auch notwendig werden für künftige Wahlen, wenn die Parteien auf die bringen notwendige Politisierung des Bürgertums in der Zeit zwischen dem Reichs- und Landtagswahlen nicht Besitzt leisten wollen. Nach den Zeiten einer politischen Weltbewegung von außerordentlich frischem Charakter wird in den großen Parlamenten wieder einmal Edele und Stille eintreten; dann aber legt die parteipolitische Arbeit sich nachdringend fort auf der Grundlage desjenigen Interessenschiedes, das schon Bürger naturgemäß — es liegt in dem Worte — am nächsten liegt, auf der Grundlage also der Kommunalpolitik. Die politische Erziehung erfährt auf solche Art die wirksamste Weiterbildung und zugleich Vertiefung. Der Stadtverwaltung aber werden auf diese Weise neue und regsame Kräfte zugeführt, die das Bürgertum von den Gefahren demohnen wissen, die ihm zur Stunde von der äußersten Linken drohen.

Es ist also nicht nur notwendig, sondern auch nützlich, daß die bürgerlichen Parteien nimmere nach schwerwiegenden Richtlinien einer politischen Weltanschauung zum 2. März ihre Wähler aufrufen. Solche Wählerliste hat ausschließlich unter inneren Überzeugung nach in Betracht kommen kann, das ist die Demokratie.

Mitbürgerinnen und Mitbürger, insbesondere die Herren Kandidaten der verschiedenen Listen!

Es ist hohe Zeit, daß wir alle gegenfeitigen Neidereien und persönlichen Angriffe einstellen, denn diese sind nicht geeignet, und bei der gesamten Annaburger Einwohnerschaft in ein besonders günstiges Licht zu rücken. Wir alle haben bei unfern die werben Ausführungen des Allgemeinwohl aller Annaburger Einwohner heroor. Nun wohl, handelt wir auch darnach! Wir haben nun einmal diese liebigen sechs Listen und müssen uns

damit abfinden. Daß wir sie haben, ist nicht Schuld der Bürgerfahne, sondern das ist doch wohl nur die Gefamtschuld derjenigen Männer, die in den verschiedenen Listen an führender Stelle stehen. Reiner dieser Herren wollte zurücktreten, daran kommen wir nicht vorbei. Nicht gemeint ist hierbei selbstverständlich die Sozialdemokratie. Diese konnte das einheitliche Erschließens nicht aufstellen. Das haben sie aber wohl weniger einer idealen Einigkeit, als vielmehr dem eifernen Muth der Organisation zu verdanken. Strenge Disziplin und Selbstherrschaft in der Organisation haben von jeher eine Macht dargestellt. Das zu bezeugen, haben wir Zeit genug gehabt. Besonders geeignet dazu war die Zeit seit dem 9. Nov. Wir haben in diesen Tagen gelernt, ob wir es je tun werden, wird die Zukunft lehren. Jedenfalls muß darauf hin gearbeitet werden, daß sich alle bürgerlichen Kreise, die ihre Selbstständigkeit wahren wollen, näher zusammen schließen. Dazu geeignet ist vielleicht in erster Linie die hiesige Ortsgruppe der Deutschen Demokratischen Partei, wenigstens für alle demokratisch denkenden Einwohner. Deren Ziel ist ja hier eine ganz anscheinliche, das haben die Nationalvereinsvereinigungen auch die Preisungen bewiesen.

Trotz aller Berühmungen aber, bitte ich alle Einwohner sich ja nicht, wie schon hier und da laut wurde, ihrer Stimmen zu enthalten. Gehen Sie am 2. März hin in ihr Wahllokal. Prüfen Sie vorher alle Listen noch einmal. Gestalt Ihnen auf dieses oder jener Liste ein Mann nicht, nun, so wählen Sie eben eine Liste mit Leuten von denen Sie überzeugt zu sein glauben, zu denen Sie alles Vertrauen haben, oder Sie nur das Allgemeinwohl aller Annaburger im Auge haben. Der Mann, der dieses Vertrauen doch wohl in erster Linie verdient, ist doch keiner unser Abwesender und verdient Herr Lehrer Deitke. Er ist vollständig unabhängig, weiß sich in fast allen Lagen ein lazes Urteil zu bilden und vor allen Dingen auch, dieses Urteil immermann gegenüber zu verteidigen. Das hat er doch immer bewiesen. Ich selbst habe mich zur Demokratie bekannt, nicht erst seit dem 9. Nov., sondern schon seit der Zeit, die ich eben im Stande war, mir einzugemaken ein Urteil in politischen Dingen zu bilden. Ich gehöre auch hier der Deutsch-Demokratischen Ortsgruppe an. Daß ich nicht auf deren Liste stehe, hat einen bedeutungslosen Grund, der hier nicht erörtert zu werden braucht. Jedenfalls habe ich aber mit meiner Eintragung in die Liste Deitke bewiesen, daß ich volles Vertrauen in seine Person besitze.

Also auf zur Wahl am 2. März zum Allgemeinwohl aller Annaburger!

Ein Kandidat der Liste Heintze.

* Annaburg. (Wahlhumor). Trafen da letzters verschiedenes, gut miteinander bekannte Frauen in einem Bierlokal zusammen. Die bei demnächstigen Kommunitäten, die ja von jeher das Bürgertum auszeichnete und die auch diesmal bei der Aufstellung der Wählenden von ausschlaggebender Bedeutung gewesen war, nahm es nicht Wunder, daß von den anwesenden Herren mehr Kandidaten als Wähler waren. Daß auch von Interessentlosigkeit und Mangel an Begehrtheit seitens der Bürgerfahne in Bezug auf Staats- und Gemeindepolitik nicht die Rede sein konnte, zeugte der Umstand, daß das aktuelle Thema, die "Gemeindeführer" sehr bald gefunden war. Nachdem die Herren Kandidaten in mehr oder minder hohen Tönen, die selbst der "hüpfenden Heibelder" alle Ewig gemacht hätten, ihr eigenes Loblied auf erörtert, erarbeitete, um Güteil auch auf eingebildete Vorzüge gelangen hatten, gab einer der Kandidaten die Icherhaste — oder war's doch im Ernst gemeinte Zustimmung, daß er, wenn er nächsten Sonntag von den anwesenden Wählern gewählt, ein paar Lagen Bier zum Besten geben würde. Die humorvolle Antwort eines Wälers aber lautete: "Frei Bier verkaufen mir unsere Ueberzeugung noch lange nicht, und wählen werden wir Euch (Euch) — alle!"

Religiose Nachrichten.

Ortskirche: Am Sonntag, vorm. 9 Uhr: Gottesdienst. Herr Pfarrer Lange.
Falkenkirche: Am Sonntag vorm. 10 Uhr: Gottesdienst (Falken gegen wider Feind). Herr Militärpfarrer Langguth.

Freiwillige!

Das Generalkommando hat folgende neue Ausführungsbestimmungen für die Anwerbung von Freiwilligen erlassen:

1. Alle Werbungen von Freiwilligen im Korpsbereich ohne Genehmigung des Generalkommandos sind verboten mit Ausnahme für Baltenwehr, Ukraine, Gade-Rao-Schützen-Div., Freitorns Hülsen und Maerker.
2. Die Werbestellen Magdeburg, Halle a. S., Stendal und Torgau werden aufgelöst.
3. Freiwillige melden sich bei dem nächstgelegenen Garnison- oder Bezirkskommando. Sie erhalten dort Auskunft und, soweit sie den Bedingungen (Auszug siehe nachstehend) entsprechen, einen Meldebchein. Jeder Freiwillige kann auf dem Meldebchein angeben, bei welcher Waffengattung (Inf., Kav., Art., Pion., Train, Nachtr. Trupp., Kraftfahr-Truppe pp.) er eintreten will. Abschließ dieses Meldebcheins wird vom Garnison- oder Bezirkskommando dem Generalkommando übersandt, das ihn an einen Truppenteil pp. weiterleitet.
4. Der Truppenteil leht sich dann mit dem Freiwilligen unmittelbar in Verbindung. Er fordert den Freiwilligen zur persönlichen Meldung und evtl. Einstellung auf oder benachrichtigt ihn, daß von der Einstellung Abstand genommen wird.
5. Zur Meldung beim Truppenteil sind die Militärpapiere und möglichst der Entlassungsantrag einfol. Militär mitzubringen. Der Entlassungsantrag wird vom Staat abgelauft, Vermerk in die Militärpapiere einzutragen.

Bedingungen und Gebührrisse.

- (Auszug aus U. V. Bl. 19, Ziff. 24 u. 67).
1. Als Freiwillige werden nur felddienstfähige, moralisch einwandfreie Personen angenommen mit mindelstens 1/2 jähriger Frontdienstzeit, während der sie Verwendung fanden bei:
 - a) Infanterie und Artillerie: im Balls- oder Waff.-Verbande.
 - b) Kavallerie: Verwendung im Kav.-Schützen-Regt. oder Esk.-Verbande.

- c) Pioniere: im Komp.-Verbande.
 - d) Nachrichten-, Eisenbahn-, Pflanztruppen und Kraftfahrer: bei Feldformationen im Operations- und Etappengebiet.
 - e) Train: bei Feld- oder Etappenformationen.
- Mitrofen, die infanteristisch ausgebildet sind und sonst den Bedingungen entsprechen, können eingestellt werden.
2. **Berufstätigkeit** auf einen Monat, vom Einstellungstage an, mit 14tägiger Kündigungfrist am 1. und 15. j. Ms. Wird die Kündigung zu diesen Fristen von einer der beiden Seiten nicht ausgesprochen, gilt der Vertrag von einem Monat verlängert. Entlassung kann nur durch den Truppenteil, bei dem Dienst getan wird, erfolgen.
 3. **Unterordnung** unter die Vorgelegten, denen Soldaten- (Vertrauens-) Stale zur Seite stehen. Anerkennung der bisher gültigen Kriegsgelege.
 4. **Gebührrisse:** Mobiles Gehalt bezw. Löhnung nach Dienstgraden, mindelstens 30 Mark monatlich und tägliche Zulage von 5 Mark, vom Einstellungstage an. Bei Verwendung außerhalb der Reichsgrenze eine Teupramie von 30 Mark, die monatlich um 5 Mark bis zu 50 Mark steigt.
 5. **Berpflegung, Bekleidung, Unterbringung** erfolgt durch die Truppe. Selbstberpflegung ist unzulässig.
 6. **Verlozung:** Freiwillige gelten als vorübergehend zum aktiven Militärdienst eingezogen im Sinne der Militärverlozungsgelege. Anspruch auf Familienunterstützung läuft weiter bezw. wird neu begründet. Dienstzeit rechnet für Invaliden- und Altersversicherung wie Dienst im aktiven Heere.
 7. **Urlaub:** Nach dreimonatlicher Dienstzeit 14 Tage Urlaub ohne Abzug der Gebührrisse einschließlich Zulagen.
 8. **Strafen:** Bei Disziplinverstößen (Arrest) fällt die Zulage, bei gerichtlichen Strafen Zulage und Teupramie fort. Bei unerlaubter Entfernung erlöschen alle Ansprüche auf Gebührrisse, überhöbere Beträge sind einzuziehen oder später anzurechnen.

Magdeburg, den 17. Februar 1919.

Von Seiten des Generalkommandos.
Der Chef des Generalkommandos.
gez. v. dem Hagen.

Der Zentral-Godatenrat.
gez. Anders.

Schmidt's Zahnpraxis
Jessen, Telephone Nr. 91
Spreest. 9-12, 2-4, Sonnt. 9-12 Uhr
Mittwos geschlossen.
Künstlich Zahnersatz, Zahnziehen mit Betäubung, Plombieren, hohler Zähne, Behandlung für Leberkrankheiten Torgau.

Reiner Weinbrand-Cognac
40 Vol. o/o
ist wieder eingetroffen bei
J. G. Fritzsche.

Mandel-Fettseife
ist wieder eingetroffen.
J. G. Holtmig's Sohn.

Rot- und Leberwurz
à Pfund-Dose Mk. 6,70
empfehlte
J. G. Fritzsche.

Pergament-Papier
in Rollen und Bogen empfehle
Fern. Steinbeiß.

